Name und Anschrift des Antragstellers

Steuer-Nr. des Antragstellers

Mit meiner/unseren Unterschrift/en erkläre/n ich/wir\*, dass ich/wir\* die Mehrwertsteuer als Teil der zuschussfähigen Ausgaben des Förderprojektes       tatsächlich und endgültig tragen werde/n\* und ich/wir\* nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt bin/sind\*. Dieser Umstand soll auch zukünftig, bspw. durch Ausübung nachträglicher Optionsmöglichkeiten, nicht verändert werden.

Sofern ich/wir\* einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb führe/n\*, der nach den allgemeinen Vorschriften des Umsatzsteuerrechts besteuert wird und damit zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, bestätige/n ich/wir\* ausdrücklich, dass das v.g. Förderprojekt dem nicht zum Vorsteuerabzug berechtigten, ideellen Bereich zuzurechnen ist.

Sofern es sich um einen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb handelt, werde/n ich/wir\* eine Zuordnung des Fördervorhabens zum ideellen Bereich durch meinen/unseren\* Steuerberater bzw. Wirtschaftsprüfer mit dem Schlusszahlungsantrag vorlegen.

Mir/uns\* ist bekannt, dass ich/wir\* nach § 1 des schleswig-holsteinischen Subventionsgesetzes vom 11.11.1977 (GVOBl. 1977, 489) i.V.m. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2034, 2037) zur Mitteilung aller subventionsrechtlich relevanten Angaben und damit auch von Änderungen hinsichtlich der Frage der Vorsteuerabzugsberechtigung verpflichtet bin/sind\* und die Bewilligungsstelle umgehend davon zu unterrichten habe/n\*.

Mir/uns ist bekannt, dass meine/unsere Angaben zur Vorsteuerabzugsberechtigung Angaben zu subventionserheblichen Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch („Subventionsbetrug“; StGB i.d. Fassung vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 25.06.2012 (BGBl. I 1374)) sind.

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Ort, Datum Unterschrift/en\*